



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-27447

E-Mail: sozialamt.ausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 01.02.2024

Niederschrift

über die **3. Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 30.11.2023, 15:09 Uhr bis 15:30 Uhr, , Großer Saal, Bürgerhaus Stollwerck, Dreikönigenstr. 23, 50678 Köln
Besucher*innen melden Sie sich bitte, wegen der begrenzten Anzahl von Sitzplätzen, vorab bei der Schriftführung (sozialamt.ausschuss@stadt-koeln.de) an.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD	
Herr Floris Rudolph	GRÜNE	
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE	
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag der Grünen	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag der CDU	
Herr Lukas Lorenz	SPD	vertritt Frau Teschlade
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag der SPD	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Jennifer Glashagen	Volt	

Beratende Mitglieder

Frau Iris Dworeck-Danielowski	Auf Vorschlag der AfD
Herr Daniel Gojic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Markus Peters	Auf Vorschlag der CDU
Herr Rainer Stuhlweißenburg	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD
Herr Daniel Rogge	Auf Vorschlag der SPD
Herr Benedikt Lieffertz	Auf Vorschlag der FDP
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von Volt

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln

Frau Inge Linne

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Martina Schönhals

Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
vertritt Herr Zeyßig

Herr Frank Feles

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik
vertritt Herrn Intveen

Verwaltung

Frau Alexandra Anders

Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Fachrefe-
rentin

Frau Claudia Düx

Amt für Arbeit, Soziales und Senioren, Abteilungsleiterin
Bürgerhäuser/-zentren

Frau Heike Kerscher

Verwaltung - Amt für Wohnungswesen

Frau Gaby Lüßmann

Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Grundsatzangele-
genheiten

Herr Stefan Müller

Stellv. Amtsleiter, Amt für Wohnungswesen, Abteilungslei-
ter Wohnraumversorgung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Dezernent für Soziales, Gesundheit und Wohnen

Frau Vanessa Weller

Referentin, Dezernat für Soziales, Gesundheit und Woh-
nen

Martina Würker

Geschäftsführerin Jobcenter Köln

Schifführung

Herr Thomas Krämer

Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter

CDU

Frau Lena Teschlade

Auf Vorschlag der SPD
wird vertreten von Herr Lorenz

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier

Auf Vorschlag der GRÜNEN

Frau Jutta Eggeling

Auf Vorschlag der GRÜNEN

Herr Horst Ladenberger

Auf Vorschlag der GRÜNEN

Frau Monika Reisinger

Auf Vorschlag der GRÜNEN

Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers

Auf Vorschlag der SPD

Frau Fatima Remli

Auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Jan Schlagenhauf

Auf Vorschlag von GUT

Herr David Klapheck	Synagogengemeinde Köln
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Claudia Reischauer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Jörg Zeyßig	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Paul Intveen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird vertreten von Herrn Feles
Frau Dr. Christiane Köhler	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Eva-Maria Hefner	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband e.V.
Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Alice Rennert	Caritasverband Köln e.V.
Frau Alina-Toyah Sallmon	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Petra Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Sigita Gelbach	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Sophie Sänger	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** eröffnet um 15:09 Uhr die 3. Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren in der Wahlperiode 2020 bis 2025 und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen der Stadtverwaltung.

Herr **Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass von der Verwaltung seit dem Versand der Einladung am 21.11.2023 folgende Tagesordnungspunkte zugesetzt wurden:

A 1 Förderprogramm "Dritte Orte" - Zweite Genehmigung für die Förderphase 2023 ff.
3865/2023
Nachtrag 1, zugesetzt 27.11.2023, Tischvorlage

A 2 Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten
3983/2023
Nachtrag 2, zugesetzt 30.11.2023, Tischvorlage

Von den Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, Die LINKE, und FDP wurde mit Datum vom 30.11.2023 der gemeinsame Dringlichkeitsantrag

zu TOP 1.1: Gebührensatzung Übergangwohnheime Geflüchtete und Mitteilung 3983/2023
Hier: Prüfung Umgang mit den Altschulden aus der Gebührensatzung AN/2152/2023
eingebracht.

Frau Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Dringlichkeit des Antrags mit der Notwendigkeit eine Regelung über den Umgang der Altschulden für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen, welche in Übergangwohnheimen wohnen, zu finden. Die heute auf der Tagesordnung stehende Gebührensatzung unterstreiche die Notwendigkeit der Dringlichkeit dieses Antrags.

Eine Gegenrede gegen die Anerkennung der Dringlichkeit wird nicht erhoben.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Herr **Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** schlägt vor, den Dringlichkeitsantrag unter TOP A 2 in die Tagesordnung einzusortieren und gemeinsam mit der Mitteilung Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten [3983/2023](#) zu behandeln.

Weitere Wortmeldungen zur Festsetzung über die Tagesordnung werden nicht eingebracht.

Herr **Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die so vorgeschlagene Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

A 1 Förderprogramm "Dritte Orte" - Zweite Genehmigung für die Förderphase 2023 ff.
3865/2023

A 2 Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten
3983/2023

zu TOP 1.1: Gebührensatzung Übergangwohnheime Geflüchtete und Mitteilung 3983/2023

Hier: Prüfung Umgang mit den Altschulden aus der Gebührensatzung
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, Die LINKE, FDP vom 30.11.2023
AN/2152/2023

1 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 1.1 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aus-siedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme
2695/2023

2 Mündliche Anfragen

3 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

- 3.1 Cannabis Modellstadt
Anfrage der Volt-Fraktion vom 09.11.2023
AN/1959/2023

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Volt aus der Sitzung des Ausschusses für Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 (AN/1959/2023) betreffend "Cannabis Modellstadt"
3726/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

A 1 **Förderprogramm "Dritte Orte" - Zweite Genehmigung für die Förderphase 2023 ff. 3865/2023**

Frau Düx (Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) erläutert, dass lediglich Projektmittel vergeben werden könnten, da die institutionellen Mittel bereits bis Ende 2024 gebunden seien. Sie teilt ferner mit, dass Mietkosten bei den institutionellen Förderungen förderungsfähig seien. Eine Förderung von Mietkosten über Projektmittel sei projektabhängig individuell zu prüfen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt auf der Grundlage des am 08.09.2022 beschlossenen aktualisierten Förderprogramms (Vorlage [2048/2022](#)) die Förderung der in der beiliegenden Anlage 1 aufgelisteten eingetragenen Vereine aus dem Kölner Stadtgebiet in Höhe von insgesamt 143.038 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

A 2 **Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten 3983/2023**

Zur Kenntnis genommen.

zu TOP 1.1: **Gebührensatzung Übergangwohnheime Geflüchtete und Mitteilung 3983/2023**
Hier: Prüfung Umgang mit den Altschulden aus der Gebührensatzung
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, Die LINKE, FDP vom 30.11.2023
AN/2152/2023

Anmerkung der Schriftführung: Im Rahmen der Festsetzung über die Tagesordnung wurde beschlossen TOP A 2 [3983/2023](#) und den Dringlichkeitsantrag [AN/2152/2023](#) gemeinsam zu behandeln. Die Wortbeiträge wurden, da auch Bezug auf TOP 1.1 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme [2695/2023](#) genommen wurde, hier zusammengefasst.

Frau Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei **Frau Kerscher (Amtsleiterin Amt für Wohnungswesen)** für ein gemeinsames Fachgespräch zur Vorlage "Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen über die Erhebung von Gebühren" [2695/2023](#) durch-

geführt zu haben. Die sich aus diesem Gespräch ergebenden Fragen und Anregungen von Seiten der Politik führten zu der hier zu beratenden Mitteilung und dem eingebrachten gemeinsamen Dringlichkeitsantrag. Wichtig sei, den Betroffenen einen Lösungsweg anzubieten, wie mit den aufgelaufenen Altschulden umzugehen sei und wie eine, von allen gewünschte, Arbeitsaufnahme nicht durch überhöhte Gebühren verhindert werde.

Herr Detjen (Die Linke) bedankt sich für den breiten Konsens, um den Umgang mit den betroffenen Fällen deutlich zu machen und gemeinsam einen Weg zu finden, wie mit diesen Fällen umzugehen sei. Mit der hier vorliegenden „Zweiten Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme“ sei durch die Obergrenze der Kosten eine Grundlage gefunden worden, welche im Allgemeinen akzeptabel sei. Es sei - daher der eingebrachte Dringlichkeitsantrag mit seinen Aufgabestellungen an die Verwaltung - zu überlegen, welche Verbesserungen in die im Jahr 2024 folgende Dritte Satzung aufgenommen werden könnten.

Frau Hoyer (FDP) schließt sich den Äußerungen der Vorredner*innen an. Sie macht auf die Komplexität der Thematik aufmerksam und hebt die Wichtigkeit der sich aus den Ergebnissen des Dringlichkeitsantrags ergebenden Schlussfolgerungen hin. Ebenfalls hebt sie die Wichtigkeit hervor, die heute zur Beschlussfassung vorliegende „Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme“ zu beschließen, da es das Bestreben aller sein müsse, die betroffenen Menschen in Arbeit zu bringen und sie nicht durch hohe Gebühren zu bestrafen, wenn sie Arbeit gefunden hätten.

Frau Scho-Antwerpes (SPD) macht auf die Notwendigkeit von Einzelfallprüfungen aufmerksam.

Frau Eich-Ganske (Volt) hebt hervor, dass eine Arbeitsaufnahme der betroffenen Personen nicht zu einer Überschuldung durch die Höhe der Nutzungsgebühr führen dürfe und das Bestreben sein müsse, die Menschen so schnell wie möglich in Arbeit zu bekommen.

Herr Dr. Rau (Beigeordneter Soziales, Gesundheit und Wohnen) weist darauf hin, dass man mit der hier zur Beschlussfassung vorliegenden Satzung auf einem guten Weg sei, um bestmögliche Anreize zur Integration und einer Arbeitsaufnahme der Betroffenen zu schaffen. Für die Altfälle werde für die Verwaltung wohl eine Einzelfallprüfung, wie mit den aufgelaufenen Schulden umzugehen sei, notwendig werden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren begrüßt, dass die Verwaltung die Mitteilung 3983/2023 mit der Ankündigung der Prüfung, wie die Altschulden von Betroffenen, die durch die vorherige Gebührensatzung entstanden sind, ggf. niedergeschlagen werden können, heute vorlegt. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen in einem ersten Prüfbericht auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 18. Januar 2024 vorgelegt werden und auch dem Integrationsrat, AVR und Finanzausschuss vorliegen.
2. Die Prüfung soll auch beinhalten, inwieweit auf die Beantragung von noch nicht gestellten Härtefallanträgen von Betroffenen verzichtet werden kann.
3. Es soll ebenfalls geprüft werden, ob die Verwaltung die aufgrund der vorherigen Fassung ergangenen Bescheide abändern kann und somit zumindest auf einen Teil der Forderungen verzichtet werden kann.

4. Die Verwaltung wird gebeten eine niederschwellige Kommunikationsform für die verschiedenen Zielgruppen anzubieten, z. B. durch eine Anlaufstelle.
5. Eine Evaluierung der neuen Satzung wird dem Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dem Integrationsrat, AVR und FiA nach einem Jahr vorgelegt.

I. Abstimmungsergebnis:

Der Dringlichkeit des Antrags wird einstimmig zugestimmt.

Anmerkung der Schriftführung: Der Dringlichkeitsantrag wird unter A 2 in die Tagesordnung aufgenommen.

II. Abstimmungsergebnis:

Dem Dringlichkeitsantrag wird einstimmig zugestimmt.

1 Ausschussempfehlungen an den Rat

1.1 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme 2695/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die

1. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die kategoriebezogene Benutzungsgebühr unter Berücksichtigung der durch das SBG II bzw. XII nicht berücksichtigungsfähigen Unterkunftskosten (Anlage 3/FLÜ) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

2 Mündliche Anfragen

3 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

3.1 Cannabis Modellstadt Anfrage der Volt-Fraktion vom 09.11.2023 AN/1959/2023

Durch Beantwortung mit Vorlage 3726/2023 erledigt.

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Volt aus der Sitzung des Ausschusses für Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 (AN/1959/2023) betreffend "Cannabis Modellstadt" 3726/2023

Zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** beendet die Sitzung um 15:30 Uhr.

Gez.
Daniel Bauer-Dahm
(Vorsitzender)

Gez.
Thomas Krämer
(Schriftführer)